-----Original Message-----
From: Philipp Haaser [mailto:ph.haaser@googlemail.com]
Sent: Dienstag, 5. Juli 2016 16:11
To: ag-heidekaul@gmx.de
Subject: Zensur

Sehr geehrter Herr Wulf,

Sie tauchen in den vergangenen 4 Jahren insgesamt 12 Mal in unserer Zeitung auf, 9 Mal mit unmittelbarem Bezug zum Stadtbahnbau oder Parkhaus und mit Ihren Forderungen. Eine Auswahl finden Sie angehängt, ebenso die Darstellung der Förderbedingungen für die Stadtbahnfinanzierung.

Mit ist völlig unverständlich, wie Sie in diesem Zusammenhang von Zensur sprechen können. Mir ist ebenso unklar, welche Auffassung Sie von der Zusammenarbeit mit Journalisten haben.

Mit freundlichen Grüßen
Philipp Haaser

Freier Journalist, Köln
0178 3282 164
ph.haaser@googlemail.com
www.philipphaaser.de

Sehr geehrter Herr Haaser,

vielen Dank für Ihre E-Mail.

Es geht natürlich nicht darum, dass die Initiativen im Kölner Süden möglichst häufig in der Zeitung erwähnt werden. Es sind die Sachverhalte, die nicht vollständig oder gar nicht veröffentlicht werden.

Einige Beispiele:

Die Nord-Süd-Stadtbahn wird voraussichlich 1,3 Mrd. Euro kosten (für die 1. und 2. Baustufe wurden bereits 1,292 Mrd. Euro ausgegeben, für das Gleiswechselwerk am Waidmarkt werden 15 Mio. Euro und für die 3. Baustufe 84,3 Mio. Euro veranschlagt). Die maximale Fördergeldhöhe für alle drei Baustufen beträgt 737 Mio. Euro. Warum liest man nirgendwo in der Presse, dass die Stadt Köln die restlichen mehr als 560 Mio. Euro selber zahlen muss? Ursprünglich lag der eigene Anteil bei nur 10% von 550 Mio. Euro, der Betrag hat sich also mehr als verzehnfacht. Die Presse suggeriert immer noch, dass 90% aller Kosten durch Zuschüsse des Landes und des Bundes getragen werden.

Der Schaden durch den Einsturz des Historischen Archivs beträgt übrigens nochmals 1,2 Mrd. Euro, zuzüglich 124,9 Mio. Euro Untersuchungskosten, und die Chancen für einen Schadenersatz werden zunehmend schlechter.

Seit Beginn der Diskussion wird seitens der Stadt gedroht, die erhaltenen Fördergelder müssten alle zurückgezahlt werden, wenn nicht so gebaut wird, wie es

jetzt geplant ist. Ein solcher Vorbehalt ist im Zuwendungsbescheid aber gar nicht enthalten. Warum lässt die Presse zu, dass Politiker und Verantwortliche in der Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger derartig belügen dürfen?

In der Diskussion, möglichst viele Häuser entlang der Bonner Straße zu erhalten, wurde schließlich entschieden, Innenbahnsteige statt der ursprünglich geplanten Außenbahnsteige zwischen der Marktstraße und dem Verteiler anzulegen. Große Bauchschmerzen hatte den Planern dabei bereitet, dass außer den beiden Kraftfahrspuren nun auch die Schiene am Zebrastreifen gequert werden müsse, wodurch sich die Querungsdauer durch die Fahrgäste erhöhen würde. Die Haltestelle Marktstraße mit ihren hohen, sehr langen und trennenden Bahnsteigen (hier lohnen sich Vorher-/Nachherbilder) hat den dortigen Aufenthaltsraum qualitativ völlig zerstört. Auf die zu fällenden Bäumen und die künftig fehlenden Parkplätze entlang der Bonner Straße will ich gar nicht wieder eingehen. Aber alle diese Probleme hätten mit einer Niederflurbahn (selbst die in Köln fahrende Variante) deutlich entschärft werden können. In der seit fünf Jahren geführten Diskussion gab es keine Alternative zur Hochflurbahn, zur Mitteltrassenführung und zum eigenen Gleiskörper.

Für die 4. Baustufe sind viele zentrale Fragen zu klären, z.B.: wie und wo dürfen Schienen im Wasserschutzgebiet II und I angelegt werden (das ist eigentlich verboten), wie sollen der Verteilerkreisel und die Autobahn A4 gequerrt werden? Schon eine öffentliche Diskussion zum Verteilerkreisel wurde von der Stadt mehrfach (2012 / 2013) "vertagt", obwohl die Antworten auf diese Fragen bereits für die 3. Baustufe eminent wichtig sind.

Sie sehen aus dieser kleinen Aufzählung, dass es eklatante Sachverhalte gibt, die - wie soll ich es anders sagen - offensichtlich verschwiegen werden. Natürlich will ich nicht, dass Sie bzw. Ihre Kolleginnen und Kollegen Mitteilungen, wie z.B. die o.a. geschilderten Umstände, einfach in der Zeitung veröffentlichen. Sie haben aber die Möglichkeit, die richtigen Fragen bei den richtigen Leuten zu stellen. Wenn Bürgerinitiativen das tun, bekommen sie eine Eingangsbestätigung und das war es dann!

Die "Zensur"-Kampagne sollte daher insbesondere als ein Hilferuf verstanden werden.

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Wulf